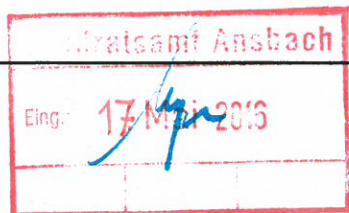




SPD - Kreistagsfraktion

im

Landkreis Ansbach



Herrn Landrat
Dr. Jürgen Ludwig
Crailsheimstr. 1

17. Mai 2016

91522 Ansbach

Sehr geehrter Herr Landrat,

der SPD-Kreisverband Ansbach-Land und die SPD – Kreistagsfraktion hat sich mit dem Thema Bildung im Landkreis Ansbach beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Resolution zusammengefasst. Die Fraktion beantragt für die Kreistagssitzung im Juli folgende Resolution zu behandeln und zu beschließen:

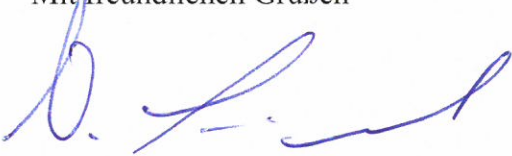
1. Anknüpfend an die beiden Säulen der Bildungsregion „Kein Talent darf verloren gehen“ und „Übergänge gestalten“ soll über die kommunalen Spitzenverbände und Abgeordneten des Bayerischen Landtags darauf hingewirkt werden, dass künftig auf Antrag eines Schulträgers und der Schulfamilie neben Schulversuchen und der Einrichtung von Modusschulen auch **„Modellschulen in der Region“** eingerichtet werden können. Dabei wird zwar die Vielfalt der Schulformen zugelassen, aber nicht das Setzen eigener Standards oder Abschlussinhalte. Den Anträgen für Modellschulen in der Region muss ein ausführliches pädagogisches Konzept zugrunde liegen.
2. Um die Aktivitäten im Landkreis zu koordinieren, keine neue Konkurrenzsituation zwischen Schulstandorten zu schaffen und die Potentiale im Landkreis optimal zu nutzen, wird der Kreistag aufgefordert, ein schulpolitisches Gesamtkonzept zu erarbeiten. Dieses Konzept soll in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden erstellt werden, um Schulen, Eltern, Kindern sowie Lehrerinnen und Lehrern langfristige Perspektiven zu sichern. Dem Landkreis Ansbach wurde im November 2015 das Siegel „Bildungsregion in Bayern“ verliehen. Ziel der Bildungsregion es, die Zukunft von Kindern und Jugendlichen durch „passgenaue Bildungsangebote“ zu sichern. Als Flächenlandkreis stehen wir dabei vor besonderen Herausforderungen.

Begründung:

Die zunehmende Zentralisierung der Bildungseinrichtung beeinflusst zum einen die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler und zum anderen die Bevölkerungsentwicklung vieler betroffener Gemeinden. Wenn sich der Lebensmittelpunkt von jungen Menschen durch den Schulbesuch schon früh in die größeren Orte verlagert, weil es nur dort möglich ist, einen entsprechenden Schulabschluss zu erlangen, so hat dies auch Auswirkungen auf die sozialen Strukturen der Heimatgemeinden. Häufig konzentrieren sich dann auch die Freizeitaktivitäten dieser Kinder und Jugendlichen auf die größeren Städte. Dies hat direkten Einfluss zum Beispiel auf die Arbeit der Sportvereine, Feuerwehren, Musikschulen.

Die Situation erfordert individuelle Lösungen für die jeweiligen Regionen. In einigen Fällen könnte die Gemeinschaftsschule die beschriebene Entwicklung bremsen. Darüber hinaus wissen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und die Verantwortlichen vor Ort häufig besser, welche Maßnahmen erfolgversprechend sind.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Seidel

Fraktionsvorsitzender